

Deputation für Bildung Sitzungsprotokoll der 27. Sitzung(städtisch)			
18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015			
Sitzungstag 02. Oktober 2014	Sitzungsbeginn 16:15 Uhr	Sitzungsende 17:40 Uhr	Sitzungsort Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. Juli 2014
- TOP 3 Schulkinderbetreuung in Bremen weiterentwickeln G135/18
- TOP 4 Fortschreibung der Schulstandortplanung in der Stadtgemeinde Bremen G137/18
- TOP 5 Aufnahmeverfahren in die Gymnasiale Oberstufe 2015/16 G138/18
- TOP 6 Einführung neuer Zeugnisformen in der Grundschule G139/18
- TOP 7 Zweiter Zwischenbericht zur Umsetzung des integrierten Leitbildes der Stadtentwicklung Bremen 2020 im Bremer Westen G140/18
- TOP 8 Zuwendungsbericht 2013 G141/18
- TOP 9 Verschiedenes und Berichte
- Bericht: Unterrichtsversorgung zu Beginn des Schuljahres 2014/15 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
- Bericht: Zuweisung von Lehrerwochenstunden an Schulen der Stadtgemeinde Bremen
- Bericht: Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung und Entwicklung in der Sekundarstufe II im Schuljahr 2014/15

Bericht: Schulsozialarbeit in der Stadtgemeinde Bremen

Bericht: Neubau einer Mensa an der Grundschule Paul-Singer-Straße in Modulbauweise durch einen Generalunternehmer

Bericht: Erteilung von Unterricht durch nichtpädagogisches Personal an allgemeinbildenden Schulen

Top 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt eröffnet die Sitzung um 16.15 Uhr.

Die Tagesordnung wird wie folgt ergänzt:

Neuer Tagesordnungspunkt 9 wird die Vorlage G 142/18 »Schule an der Karl-Lerbs-Straße«.
Der bisherige Tagesordnungspunkt 9 wird Tagesordnungspunkt 10.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. Juli 2014

Das Protokoll wird mit einstimmig genehmigt.

TOP 3 Schulkinderbetreuung in Bremen weiterentwickeln

G135/18

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt verweist einleitend auf den als Tischvorlage verteilten Änderungsvorschlag zur Vorlage. Die Änderungen greifen einerseits den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22. Juli 2014 auf, andererseits finden die Ergebnisse der ressortübergreifenden Abstimmung Eingang in den Beschlussteil.

Herr Güngör bedankt sich für die Vorlage. Er zeigt sich sehr erfreut, dass der Senat für diesen wichtigen Bereich neue Perspektiven aufzeigt. Wichtig sei für die SPD, dass auf den Mehrbedarf des Bildungshaushaltes angemessen eingegangen werde. Insofern könne er den vorliegenden Änderungsantrag mittragen.

Frau Vogt kündigt an, der Vorlage nicht zuzustimmen. Aus ihrer Sicht sind die Formulierungen des Beschlussteils zu unverbindlich. Herr Dr. vom Bruch regt an, die Vorlage auszusetzen, da noch Unklarheiten bezüglich des Beschlussteils bestünden. Frau Schön hält ein Aussetzen nicht für erforderlich. Der Beschlussteil sei in seinen Formulierungen eindeutig.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt verweist darauf, dass für das Ressort eine Eckwertanpassung von zentraler Bedeutung sein. Es sei daher erfreulich, dass in der ressortübergreifenden Abstimmung der Vorlage diesbezüglich eine Verständigung erzielt werden konnte.

Die städtische Deputation für Bildung ändert die Vorlage mit fünf zu eins Stimmen bei drei Enthaltungen wie folgt:

- I. Vorlage, S. 2, Buchstabe C, zweiter Absatz: Streichung des Satzes „Die durch den Verlagerungsprozess von Betreuungsangeboten der Jugendhilfe in den Bereich der Schulen anfallenden zusätzlichen konsumtiven Bedarfe im Ganztagsbereich können nur im Bildungshaushalt dargestellt werden, wenn sie mit einer entsprechenden Eckwerterhöhung verbunden werden.“
- II. Vorlage, S. 3, Buchstabe E., Einfügung zusätzlicher Beschlusspunkte g) und h):
 - g) bis Januar 2015 den Bericht in folgenden Punkten zu ergänzen:
 - (1) Lösung für die Ferienbetreuung in den offenen Ganztagsgrundschulen – auch für Kinder mit Behinderung und auch über das zehnte Lebensjahr hinaus (wo findet diese statt, soll sie langfristig vom Sozialressort durchgeführt werden?);
 - (2) Lösung für die unterschiedlichen Anmelde- und Aufnahmeverfahren für Horte und Ganztagschule;
 - (3) Perspektiven für eine qualitative Verbesserung der Ganztagsgrundschulen.
 - h) die daraus entstehenden Kosten und die Finanzierungsmöglichkeiten – auch im Rahmen einer möglichen Eckwertanpassung – zu benennen und darzustellen.
- III. Anlage, S. 24, Punkt 3, Streichung des letzten Satzes: „Die dafür erforderlichen Ressourcen werden in den Bildungshaushalt verlagert bzw. zusätzlich zur Verfügung gestellt.“

Die städtische Deputation für Bildung folgt dem geänderten Beschlussvorschlag mit fünf zu eins Stimmen bei drei Enthaltungen.

Die Deputation nimmt den Bericht zur Bestandsaufnahme und zu den Perspektiven des ganztägigen Lernens und der außerfamiliären Betreuung von Kindern im Schulalter in der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Bildung und Wissenschaft sowie die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen:

- a) das bildungs-, familien- und arbeitsmarktpolitische Potential von Ganztagschulen durch den weiteren Ausbau von Ganztagschulen zu heben und weitere Schulstandorte in der Stadtgemeinde Bremen zu benennen, an denen Ganztagsgrundschulen eingerichtet sowie das Ganztagsschulangebot an Oberschulen und Gymnasien ausgeweitet werden sollen;

- b) den Bedarf an Nachmittagsangeboten für Grundschul Kinder durch eine Elternbefragung in der Stadtgemeinde Bremen ermitteln zu lassen;
- c) Standorte von Angeboten der Kindertageseinrichtungen für Schulkinder zu benennen, an denen kurz- und mittelfristig räumliche Kapazitäten für 0 bis 6-jährige Kinder benötigt werden;
- d) Standorte von Kindertageseinrichtungen zu benennen, an denen durch Umverteilung andernorts nicht mehr benötigter Plätze kurzfristig Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für Schulkinder realisiert werden können und die Investitionsbedarfe hierfür zu ermitteln;
- e) Schulstandorte zu benennen, an die eine räumliche Verlagerung von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für Grundschul Kinder in verfügbare Räume kurz- und mittelfristig erfolgen kann sowie die Investitionsbedarfe hierfür zu ermitteln;
- f) Schulstandorte zu benennen, an die eine räumliche Verlagerung von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für Grundschul Kinder in noch herzustellende Räume mittel und langfristig erfolgen könnte sowie die Investitionsbedarfe hierfür zu ermitteln.
- g) bis Januar 2015 den Bericht in folgenden Punkten zu ergänzen:
 - (1) Lösung für die Ferienbetreuung in den offenen Ganztagsgrundschulen – auch für Kinder mit Behinderung und auch über das zehnte Lebensjahr hinaus (wo findet diese statt, soll sie langfristig vom Sozialressort durchgeführt werden?);
 - (2) Lösung für die unterschiedlichen Anmelde- und Aufnahmeverfahren für Horte und Ganztagschule;
 - (3) Perspektiven für eine qualitative Verbesserung der Ganztagsgrundschulen.
- h) die daraus entstehenden Kosten und die Finanzierungsmöglichkeiten – auch im Rahmen einer möglichen Eckwertanpassung – zu benennen und darzustellen.

TOP 4 Fortschreibung der Schulstandortplanung in der Stadtgemeinde Bremen

G137/18

Herr Dr. vom Bruch fragt nach dem Verfahren und zeigt sich verwundert, dass die Fortschreibung der Schulstandortplanung in Etappen geplant sei. Herr Rohmeyer ergänzt, dass er eine Entscheidung bezüglich der Schulstandortplanung für das gesamte Stadtgebiet erwarte.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt dazu aus, dass die Aufteilung der Beratung nach Stadtregionen dazu diene, die Fortschreibung für die gesamte Stadtgemeinde vorzubereiten. Sie diene der ausführlichen Beratung und der Praktikabilität des Verfahrens, sei aber nicht als Ersatz für die Beschlussfassung eines Gesamtplans zu verstehen.

Die städtische Deputation für Bildung folgt dem Beschlussvorschlag einstimmig.

Die städtische Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Zeitplan zu.

TOP 5 Aufnahmeverfahren in die Gymnasiale Oberstufe 2015/16

G138/18

Frau Perplies erläutert das Verfahren und geht dabei auf die Nulljahrgangsproblematik an den meisten Oberschulstandorten mit eigener gymnasialer Oberstufe ein. Es sei gelungen, in konsensualen regionsbezogenen Besprechungen der Schulen auf das Wohl der Schülerinnen und Schüler gerichtete Absprachen zu treffen. Auf Nachfrage von Frau Vogt, warum die Oberstufen in Walle betroffen seien, die Oberschule Findorff jedoch nicht, führt sie aus, dass die Problematik in Findorff bereits zum aktuellen Schuljahr eingetreten sei.

Frau Dogan fragt, ob durch die Reduzierung bei den Oberstufenprofilen Ressourcen frei würden. Herr Staatsrat Kück erläutert, dass diese Ressourcen bereits für die Gesamtversorgung eingeplant worden seien.

Herr Dr. vom Bruch befürchtet, dass einige Oberstufenstandorte in ihrer „Lebensfähigkeit“ in Frage gestellt werden könnten. Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt bittet darum, die Schulen nicht unnötig „schwach zu reden“ und das konkrete Anwahlverfahren abzuwarten.

Herr Güngör begrüßt das technikerunterstützte Aufnahmeverfahren in die gymnasiale Oberstufe.

Die städtische Deputation für Bildung folgt dem Beschlussvorschlag mit neun Stimmen ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung.

Die städtische Deputation für Bildung stimmt den vorgeschlagenen Planungen zur Kapazitätsfestlegung der gymnasialen Oberstufe für das Schuljahr 2015/16 sowie der Einführung eines neuen technikerunterstützten Aufnahmeverfahrens in die gymnasiale Oberstufe zu.

TOP 6 Einführung neuer Zeugnisformen in der Grundschule

G139/18

Frau Schmidtke fragt, wie Erfolge und Fortschritte von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarfen stärker Berücksichtigung in Zeugnisse finden können. Zudem gelte es, die unterschiedlichen Lernziele im Zeugnis sichtbar zu machen.

Herr Armgort vom Personalrat Schulen äußert sich skeptisch und spricht sich für einen längere Pilotphase aus, bevor angestrebt werden soll, in die Breite zu gehen.

Herr Dr. Stoevesandt vom Zentralelternbeirat bittet um Einheitlichkeit der Darstellung der Zeugnisse an den Schulen.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt schlägt vor, die Auswertung der Rückmeldungen aus den Pilotschulen abzuwarten und weitere Details im Ausschuss für Inklusion und sonderpädagogische Förderung vorzubesprechen. Sobald der Bericht vorliege, solle die Thematik erneut in der Deputation für Bildung aufgerufen werden.

Die städtische Deputation für Bildung stimmt der Durchführung der Baumaßnahme an der Schule an der Karl-Lerbs-Straße sowie der aufgezeigten Finanzierung in Höhe von 378.000 Euro zu.

TOP 10 Verschiedenes und Berichte

Bericht: Unterrichtsversorgung zu Beginn des Schuljahres 2014/15 in den Stadt-gemeinden Bremen und Bremerhaven

Die städtische Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bericht: Zuweisung von Lehrerwochenstunden an Schulen der Stadtgemeinde Bremen

Die städtische Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bericht: Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung und Entwicklung in der Sekundarstufe II im Schuljahr 2014/15

Die städtische Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bericht: Schulsozialarbeit in der Stadtgemeinde Bremen

Die städtische Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bericht: Neubau einer Mensa an der Grundschule Paul-Singer-Straße in Modul-bauweise durch einen Generalunternehmer

Die städtische Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bericht: Erteilung von Unterricht durch nichtpädagogisches Personal an allgemeinbildenden Schulen

Die städtische Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Neue Berichtsbitten:

Die Deputierte Sülmez Dogan (Grüne) bittet um einen Bericht über die den Schulen zur Verfügung gestellten Ressourcen für Sprachförderung.

Die Deputierte Sülmez Dogan (Grüne) bittet um eine Vorlage zur Beschulung in den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren.

Der Deputierte Dr. Thomas vom Bruch (CDU) bittet um eine Vorlage zur Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Flüchtlingshintergrund.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt schließt die Sitzung der Deputation um 17:40 Uhr.